Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man adressiere: „Sask. Courier Publ. Co.", Drawer 505, Regina, Sask., oder spreche in der Office vor. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

1819 Scarth-Str., Zimmer 104

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewans.

THE "SASKATCHEWAN COURIER"
Is the largest German newspaper published in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country. Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask.
Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 505. - - - - - - Telephone 677.

1819 Scarth Str. Room 104

4. Jahrgang | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 20. September, 1911. | No. 37.

Am Vorabend der Schlacht.

Morgen ist der Tag der Entscheidung! Der Tag, an dem das Volk von Canada durch seine in der Wahl zum Ausdruck kommende Stimme entscheiden soll, ob in diesem demokratisch regierten Lande der Wille der großen Masse der Nation Gewicht behalten soll, oder dem Druck eines kleinen Häufleins mächtiger Kapitalisten und deren bezahltem Anhang sich zu unterwerfen gewillt ist!

Die Frage, auf welche der Wähler morgen an der Wahlurne eine Antwort zu geben hat, ist eine wichtige Prinzipien-Frage. Ein Abkommen, welches Sir Wilfrid Laurier und seine liberalen Kollegen auf ausdrücklichen Wunsch unserer westlichen Farmer und der von ihnen nach Ottawa entsandten Abordnung mit unseren südlichen Nachbarn zum Abschluß gebracht hatten, wurde dem Parlament zur Bestätigung vorgelegt und, trotzdem eine überwiegende Mehrheit der Abgeordneten die Annahme desselben befürwortete, durch die Minderheit von der Abstimmung ausgeschlossen dadurch, daß diese Minderheit durch Obstruktion den Fortgang der Geschäfte des Landes unmöglich machte. Es ist daher die Frage zu entscheiden, ob das demokratische Prinzip, welches unserer, wie jeder anderen parlamentarischen Regierungsform zu Grunde liegt, Geltung behalten soll — nämlich das Prinzip, daß der Wille der Mehrheit Gesetz sein soll. Hätten wir in der Geschäftsordnung des canadischen Parlaments eine Maßregel zum Schluß der Debatte vorgesehen, wie dies in fast allen anderen parlamentarischen Körperschaften der Fall ist, so wäre diese Neuwahl nicht nötig gewesen, und das Abkommen mit den Vereinigten Staaten würde bereits seit einigen Monaten Gesetz sein. Leider ist ein solches Schlußverfahren im Parlament Canada's nicht vorgesehen, und die Regierung war daher, um aus der durch die Obstruktion der Minderheit geschaffenen Sackgasse heraus zu kommen, gezwungen, an das Volk zu appellieren. Das Volk hat also bei dieser Wahl im Prinzip zu entscheiden, ob es seinen durch die Mehrheit der Vertreter im letzten Parlament ausgedrückten Willen aufrecht erhalten will.

Die Frage, welche wir morgen zu entscheiden berufen sind, hat aber auch einen hervorragend praktischen, wirtschaftlichen Wert. Es gilt zu entscheiden, ob die Interessen des Farmers und des Handwerkers, des Arbeiters und des Kleinhändlers zur Herrschaft gelangen sollen, gegenüber den Interessen einiger großer Geldinstitute und Korporationen.

Durch die von den Konservativen 1879 in's Leben gerufene sogenannte „National Policy", eine Hochschutz-Politik, sind die industriellen Unternehmen des Ostens, dadurch, daß jegliche Konkurrenz vom Ausland her ausgeschlossen wurde, in den Stand gesetzt worden, sich auf Kosten des Konsumenten auszubauen und zu Trusts zu vereinigen, welche die Preise ihrer Fabrikate, ungeachtet der Höhe der Herstellungskosten, so hoch halten konnten, wie es eben der durch den Zoll gewährte Schutz zuließ. Der Druck, welchen ein solches Schutzzoll-System auf die große Masse der Bevölkerung ausübte, machte sich bald fühlbar, und dies war die Veranlassung, weswegen Sir Wilfrid Lauriers Regierung, von dem Augenblick an, wo sie 1896 an's Ruder kam, ihr Augenmerk dauernd auf eine allmähliche Ermäßigung dieser Zolllasten und auf eine Erweiterung des Absatzgebietes für canadische Erzeugnisse im Ausland lenkte. Die Politik der liberalen Partei ist fraglos die gewesen, den Farmer und dem kleinen Mann im allgemeinen zu seinem Rechte zu verhelfen, ohne dabei aber andererseits unserer aufblühenden Industrie zu schaden. Das war der Grund, weshalb die seit jener Zeit durchgeführten Zollermäßigungen nur in verhältnismäßig kleinen Abschlägen bestanden und sozusagen schrittweise vorgenommen wurden.

Das jetzt zur Gutheißung seitens des Volkes vorliegende Abkommen ist ein weiterer Schritt in dieser Richtung, welche sich in so ausgezeichneter Weise bewährt hat und Canada eine Entwicklung gegeben hat, an deren Möglichkeit noch vor wenigen Jahrzehnten Niemand geglaubt hätte.

Wollt Ihr nun diesem Fortschreiten auf dem Wege gesunder Entwicklung, dieser Erweiterung unseres bisher beschränkten Absatzgebietes, und damit der Möglichkeit einer fortdauernden Erhöhung unserer Produktionsfähigkeit, Einhalt gebieten? Sicher nicht! Es muß vielmehr der Wunsch jedes Mannes, besonders hier im Westen, sein, diese Entwicklung nach Kräften zu unterstützen; und dazu bietet Euch das Abkommen mit den Vereinigten Staaten das beste, natürlichste Mittel.

Wem also sein eigenes Interesse und die ungehemmte Entwicklung des ganzen Landes am Herzen liegt, der versäume nicht, morgen rechtzeitig an der Wahlurne zu erscheinen und **seine Stimme für Reziprozität und den liberalen Kandidaten abzugeben: Kommt Alle! Kommt zeitig!**

Die Neueinteilung der Wards in Regina.

Am Dienstag, den 3. Oktober d. J., werden die Bürger Regina's darüber abzustimmen haben, ob sie die vom Stadtrat am 7. September beschlossene Neueinteilung der Stadtbezirke (Wards) gutheißen oder verwerfen wollen. Wir haben bereits in unserer letzten Nummer darauf hingewiesen, daß die von den Stadtvätern angenommene Form der Neueinteilung nicht mehr und nicht weniger bedeutet als eine Vergewaltigung der Deutschen in Germantown, denen es durch das Hinzufügen eines gänzlich von Engländern bewohnten Stadtteils unmöglich gemacht werden sollte, für einen deutschen Vertreter von Ward 1 eine Mehrheit zu erreichen.

Die Abstimmung der Wähler in der Stadt Regina über das Nebengesetz, welches über den Beschluß des Stadtrats endgültig entscheidet, ist das letzte Mittel, dieser Vergewaltigung unserer deutschen Interessen vorzubeugen dadurch, daß jeder Deutsche, gleichviel in welchem Teile der Stadt er wohnen mag, gegen dieses Nebengesetz geschlossen stimmt. Es ist sicher, daß auch eine ganze Anzahl unserer englisch sprechenden Mitbürger gegen dasselbe stimmen wird, da jeder rechtlich denkende Mann gegen eine solche Maßregel sein dürfte, welche einen bedeutenden Teil der Bevölkerung unserer Stadt von der ihm zustehenden Vertretung im Rate ausschließen würde.

Die Notwendigkeit für alle Deutschen, gegen dieses Nebengesetz zu stimmen, ist ersichtlich, da nur dadurch die Vergrößerung des Ward 1 vermieden werden kann. Wir erachten es daher als die Pflicht eines jeden Deutschen in Regina, nicht nur selbst am 3. Oktober seine Stimme gegen dieses Nebengesetz abzugeben, sondern auch alle seine Freunde, gleichviel welcher Nationalität sie sein mögen, zu veranlassen, gegen dasselbe zu stimmen. Dadurch allein kann den Deutschen eine angemessene Vertretung im Stadtrat gesichert bleiben.

Sollte aber dennoch das Nebengesetz zur Annahme kommen, so mag uns die Frage vorliegen, ob nicht unter solchen Umständen die völlige Abschaffung des Ward-Systems mehr Aussichten bieten könnte, als eine nach dem jetzt vorliegenden Plane verteilte Ward-Vertretung, wie wir dies schon in unserer letzten Nummer andeuteten. Wir sind immer für Erhaltung des Ward-Systems eingetreten, und tun das auch noch heute, vorausgesetzt, daß nicht durch Machenschaften, wie sie uns jetzt bedrohen, deutsche Vertretung ausgeschlossen ist. An sich, bei gerechter Verteilung der Wards, bietet dieses System ja eine bei weitem bessere Garantie für die Wahrung der deutschen Interessen; fällt aber die gerechte Einteilung fort, so ist kaum eine Hoffnung vorhanden, daß in Zukunft ein Deutscher als Vertreter vom östlichen Teil unserer Stadt in das Rathaus entsandt werden dürfte. Unter solchen Umständen wäre es immerhin noch eher möglich, unter dem Listen-System unsere Kandidaten durchzubringen, unter welchem jeder Wähler der Stadt seine Stimme für die gesamte Zahl der zu wählenden Aldermen abgiebt. Denn wenn alle Deutschen, gleichviel an welchem Ende der Stadt sie ansässig sind, ihre Stimmen auf zwei Deutsche in erster Linie abgeben würden, so könnten sie, da alle übrigen Wähler ihre Stimmen auf die gesamte Zahl der anderen Kandidaten zerstreuen, durch solch geschlossenes Stimmen die beiden deutschen Kandidaten vielleicht durchbringen.

Vorzuziehen natürlich wäre, wie wir bereits sagten, daß eine solche Aenderung unseres Wahlsystems vermieden werden könnte; und dies würde sicher zu erreichen sein, wenn wir alle einmütig gegen die vorgeschlagene Neueinteilung stimmen, die auch in einigen anderen Teilen der Stadt nicht gerade sehr populär ist. Also vergeßt nicht, am 3. Oktober gegen das Neueinteilungs-Nebengesetz zu stimmen.

Die beiden anderen Nebengesetze, welche am 3. Oktober zur Abstimmung vorliegen, beziehen sich auf Geldbewilligungen zum Bau der Broad Straßen Unterführung und zur Befreiung der Baukosten von Ausstellungsgebäuden, und wir empfehlen unseren Lesern, diesen ihre Zustimmung zu geben

---

Der deutsche „Spion".

Ein Spion, der seine Nationalität jedem bekannt giebt, der es wissen will, und, um jeden Irrtum vorzubeugen, eine Fahne in seinen Landesfarben hißt, ist eine geradezu köstliche Erscheinung. Und doch glaubt man in England an das schwere Verbrechen eines angeblichen Frankfurter „Husarenoffiziers", dessen Namen kein Lied und keine Rangliste kündet. Man glaubt an seine Schuld oder giebt doch wenigstens vor, daran zu glauben — bis der Fall Stewart in Bremen erledigt sein wird. So hat man es ja auch Ende vorigen Jahres gehalten, als man den deutschen Leutnant Helm in Gewahrsam behielt, bis das Urteil über Trench und Brandon gefällt war. Erst dann gab man ihm seine Freiheit wieder; als ob überhaupt ein Druck auf deutsche Richter ausgeübt werden könnte! Ueber die Einzelheiten der Verhaftung und angebliche „neue Fälle" wird uns aus London gemeldet:

Max Schultz, Doktor der Philosophie, der auf dem Hausboot „Epret" auf dem Flusse Yeanm in der Nähe von Plymouth wohnte, wurde am letzten Freitag unter Spionage-Verdacht verhaftet und hatte gestern ein Verhör vor dem Magistratsgericht und später eines vor dem Polizeigerichte zu bestehen. Er soll dem 13. Husarenregiment König Humbert von Italien zu Frankfurt a. M. angehören und soll in der Zeit vom 1. Juni bis 17. August auf ungesetzliche Art und Weise versucht haben, Samuel Hugh Schuit, den bekannten Rechtsanwalt, zu veranlassen, gegen das Gesetz über Staatsgeheimnisse vom Jahre 1889 zu verstoßen. Die Verhandlungen fanden unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Der Verhaftete wurde bis Montag in acht Tagen zurückgestellt und seine Freilassung gegen Stellung einer Kaution verweigert.

Schultz soll aus Frankfurt a. M. vor ungefähr fünf Monaten in England eingetroffen sein, und aus authentischer Quelle wird noch bekannt, daß verschiedene weitere Verhaftungen wegen gleicher Verstöße vorgenommen sein sollen. Zwei Beamte des Geheimdienstes hielten auf dem Hausboot des Angeklagten Haussuchung ab, wobei zahlreiche Papiere beschlagnahmt wurden. In früheren Jahren besuchte der Angeklagte ebenfalls England, aber es ist dies das erste Mal, daß er in Plymouth wohnte. Das Hausboot „Epret" liegt unterhalb einer Küstenwache verankert und gehört einem früheren englischen Marineoffizier. Es übersieht einen Teil der Befestigungen von Plymouth. Während der letzten Zeit fanden zahlreiche Manöverübungen der Marine dort statt, und das Hausboot soll einer der besten Beobachtungsplätze gewesen sein. Von seiten des Angeklagten ist in Plymouth irgendein Geheimnis aus seiner Nationalität nicht gemacht worden. Er hatte auf seinem Boot die deutsche Flagge gehißt und hielt dort zahlreiche Gesellschaften ab, die von der dortigen besseren Klasse stark besucht wurden.

Inzwischen war in deutschen Blättern zu lesen, daß dieser Schultz anscheinend als Gernegroß und Aufschneider früher in Deutschland umbersteuerte und mit der Polizei Zusammenstöße hatte, die gerne über seine finanzielle Kreditwürdigkeit unterrichtet gewesen wäre.

Krawalle in Frankreich.

Paris, 13. Sept. — Der Krieg gegen die hohen Lebensmittelpreise ist heute von neuem ausgebrochen, nachdem er einige Tage teils wegen der entschiedenen behördlichen Maßnahmen geruht hatte, teils wegen der Hülfs-Aktion der Maires, die städtische Schlächtereien und Lebensmittel-Depots eingerichtet hatten. Es sind in mehreren Gegenden heftige Ruhestörungen erfolgt, die darauf schließen lassen, daß Agitatoren wieder am Werke waren.

In Cecil, 32 Meilen nördlich von Paris, wurden Barikaden von Telegraphenstangen errichtet. Eine besonders starke wurde um einen riesigen Kessel gebaut — darüber eine rote Fahne —, und es war ein starkes Truppenaufgebot nötig, sie zu stürmen. Dabei gab es auf beiden Seiten eine große Anzahl Verwundeter. Heute Abend werden die Straßen von Creil von Soldaten abpatrouilliert.

Auch in Charleville haben sich heute ernste Krawalle abgespielt. Massen von Landleuten aus der Umgegend, mit Mistgabeln bewaffnet, versuchten eine regelrechte Belagerung des Ortes. Ein schnell herbeigerufenes Regiment Dragoner ritt eine Attacke gegen die Demonstranten, die nach allen Richtungen auseinanderstoben.

In Lorient hat der Janbagel, nicht zufrieden mit der Proklamierung eines Boykotts der Hallen, die Verkaufsstände umgeworfen und die Waren verschiedener Art auf die Straßen geworfen.

Aufruf zur Errichtung eines Bismarck Nationaldenkmals auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück-Bingen.

Immer näher rückt der Tag, an dem vor hundert Jahren Bismarck geboren wurde, des Deutschen Volkes getreuer Eckart!

Der 1. April 1915 wird Deutschlands Söhne versammeln zur gemeinsamen Jahrhundertfeier.

Ueberall in deutschen Landen erheben sich schon Denkmäler und ragende Feuersäulen für den gewaltigen Schmied der deutschen Einheit.

Und doch werden sich alle eins in dem Wunsche, ein Denkmal zu schaffen, zu dem jeder Deutsche beitragen kann, wo er auch auf der weiten Erde wohnen mag.

So haben sich denn Männer aller Stände, Berufsarten, religiösen und politischen Bekenntnisses zusammengefunden, um diesen Gedanken zur Verwirklichung zu bringen. Nach eingehenden Beratungen haben sie beschlossen, das Denkmal am Rhein zu errichten.

Auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück, hinübergrüßend zur Germania auf dem Niederwald, soll sich ein Denkmal erheben, würdig des großen deutschen Mannes, der so wunderbar die Kräfte seines Volkes gesammelt und zum höchsten nationalen Ziele geführt hat. Dort, wo im rebengesegneten Rheingau des Stromes Wasser sich sammeln und brausend die Felsen durchbrechen, ein Bild der unwiderstehlichen Kraft deutscher Einheit, wo von den Ufern blühende Städte, von den Bergen Kapellen und Burgen grüßen, an dem Ehrentor deutschen Heldenmuts, durch das unseres Volkes Söhne auszogen zu schwerem Kampfe, durch das sie wiederkehrten mit dem Lorbeer des Siegers: Dort soll des großen Kanzlers Gedächtnis dem deutschen Volke in Stein und Erz erhalten bleiben.

An die Deutschen des In- und Auslandes, an Jung und Alt, ergeht darum der Ruf, nach Kräften mitzuwirken an diesem echt vaterländischen Werke.

Das Präsidium:

Präsident: Fürst von Bülow;

Stellvertreter: Reichstagsabgeordneter E. Bassermann, Mannheim;

Friedrich Fürst zu Wied, Neuwied;

Reichstags-Abgeordneter Dr. von Heydebrand u. d. Lasa, Tschunkawe;

Reichstagsabgeordneter J. Kämpf, Berlin;

Geh. Justizrat Dr. Porsch, 1. Vizepräsident des Deutschen Abgeordnetenhauses, Breslau;

Freiherr von Schorlemer-Lieser, Landwirtschaftsminister, Berlin;

Geschäftsstelle zur Errichtung eines Bismarck-Nationaldenkmals: Köln, Königsplatz 17.

Etwaige Beiträge wolle man an das Kaiserlich Deutsche Konsulat in Winnipeg oder an die Geschäftsleitung des „Saskatchewan Courier", Regina, einsenden.

Annexionsfurcht verlacht.

Portsmouth, 5. Sept. — In dem Programm der heutigen Sitzung der „British Association" bildete den Hauptgegenstand ein von Charles E. Mallet, Ex-Finanzsekretär des Kriegsamts und ehemaligem Parlamentsmitglied fr Plymouth, verlesenes Referat über Reziprozität zwischen den Ver. Staaten und Canada.

Herr Mallet äußerte sich in Worten höchster Befriedigung her das canadisch-amerikanische Uebereinkommen und verlachte den Gedanken, daß dieses Uebereinkommen zur Annexion führen würde. „Das canadische Volk ist," wie der Redner sich ausdrückte, „heute eine viel zu große Lebensmacht, als daß es von den Vereinigten Staaten verschluckt werden könnte."

Herr Mallet vertrat den Standpunkt, daß die Regierung von Großbritannien, falls sie in das canadisch-amerikanische Uebereinkommen sich einzumengen versuchen solle, nicht nur einen der ersten Grundsätze des britischen Reichs, nämlich die fiskalische Freiheit der unter eigener Regierung stehenden Dominion, verlegen, sondern auch „von der größten britischen Kolonie fordern würde, sie auf dem größten Markt der Welt zurückzusetzen."

Der Redner legte dar, daß alles, was die nationale Entwicklung Canadas fördere, für das Reich eine Quelle der Stärke sei.

Hamburg, 12. Sept. — Das Passagier-Kartell zwischen kontinentalen und englischen Rhedereien, welche Geschäfte mit Brasilien und Argentinien tun, hat sich aufgelöst, wie aus Hamburg gemeldet wird. Die Frage wurde des längeren auf einer Sitzung besprochen, welche vor einigen Tagen in Scheveningen, Holland, abgehalten wurde. Der Norddeutsche Lloyd verlangte eine Erhöhung seines Anteils am Geschäft, welcher verweigert wurde, worauf die Gesellschaft sich weigerte, das Uebereinkommen länger anzuerkennen.

Attentat auf Rußland's Premier.

St. Petersburg, 15. Sept. Aus Kiew, wo Donnerstag Abend auf den russischen Premierminister P. A. Stolypin während einer Galavorstellung im Theater, der auch Zar Nikolaus beiwohnte, von einem Rechtsanwalt namens Bogrof ein Attentat begangen wurde, traf am Freitag von des Ministers Bruder in St. Petersburg die Nachricht ein, daß Hoffnung vorhanden sei, Stolypin am Leben zu erhalten. In der betreffenden Depesche heißt es, der eine Schuß, der ihn gefährlich verwundete, habe, wie bei einer ersten Untersuchung sich ergeben habe, die Leber gestreift und das Brustfell verletzt, doch halten die Aerzte einen operativen Eingriff vorläufig nicht für notwendig, und das Allgemeinbefinden sei zufriedenstellend.

Der Ministerpräsident war sich schon bei seinem Amtsantritt im Jahre 1906 bewußt, daß er in seiner hohen Stellung von Attentatsversuchen nicht verschont bleiben würde, und sprach dies damals offen aus, fügte aber hinzu, er hoffe, daß es ihm gelingen werde, die Ordnung im Lande wiederherzustellen, ehe die etwaigen Attentäter ihr Ziel erreichen würden.

Stolypin trat damals in seinem Regierungsprogramm für „Reform mit starker Hand" ein und wies die Gouverneure der Provinzen an, gegen alle Unruhen energisch vorzugehen. Sein scharfes Vorgehen allen regierungsfeindlichen Bewegungen gegenüber hatte ihm schon vorher, als er noch Minister des Innern war, in der Duma die Bezeichnung Mörder eingetragen, die ihm in offener Sitzung zugerufen wurde, als er die Behörden gegen die Beschuldigungen gesetzwidriger Strenge in Schutz nahm. Durch sein Vorgehen gegen die Liberalen und Terroristen zog er sich die Feindschaft der fortschrittlichen Parteien zu, während ihn die Regierung mit starker Hand unterstützte. „Stolypin's Halsbinde" war der landläufige Ausdruck für den Strick des Henkers.

Stolypin hatte zahlreiche Konflikte mit der Duma, aus denen er aber jedesmal, da er das volle Vertrauen des Zaren besaß, siegreich hervorging. Ende März reichte er sein Entlassungsgesuch ein, nachdem der Reichsrat seine Semstwo-Vorlage abgelehnt hatte. Die letztere wurde darauf dem Zaren, der das Parlament zu diesem Zwecke auf drei Tage vertagte, unmittelbar zum Gesetz erhoben, worauf Stolypin seine Resignation zurückzog. Dies trug der Regierung den verstärkten Haß der Opposition zu.

Straßenkrawalle in Wien.

Wien, 17. Sept. — In Folge der Agitation gegen die hohen Lebensmittelpreise brachen heute hier drohende Straßenkrawalle aus, in deren Verlauf viele Personen getötet und verwundet wurden. Das aufgebotene Militär war gezwungen, von der Waffe Gebrauch zu machen, da die Menge Barrikaden errichtet und die Soldaten mit Steinwürfen überschüttete.

Heute Nachmittag hatte vor dem Rathause eine große sozialistische Demonstration stattgefunden, um gegen die hohen Preise der Lebensmittel zu protestieren und die Regierung zur Zulassung ausländischer Fleischzufuhr zu bewegen. Die Versammlung artete in wilde Tumultszenen aus, so daß es notwendig wurde, das Militär zur Zerstreuung der Tumultuanten auszurufen. Bei dem ersten Zusammenstoß wurden gegen fünfzig Menschen verwundet und etwa 100 Verhaftungen vorgenommen. Eine große Menge zog nach Beendigung der von gegen 50,000 Menschen besuchten Versammlung zum Parlaments-Gebäude unter Hochrufen auf die Republik und auf Portugal. Revolver wurden abgeschossen und die Fenster vieler Gebäude durch Steinwürfe zerschmettert, Straßenlampen und Straßenbahnwagen zertrümmert. Eine Schwadron Dragoner und eine Infanterie-Abteilung erschienen auf dem Schauplatz und zerstreuten die Menge, die sich jedoch später in den Vorstädten wieder sammelte.

Gegen Abend brachen erneute Krawalle, namentlich am Ottakring aus, die drohendere Gestalt annahmen. Hier wurden Barrikaden aufgeworfen und die anrückenden Truppen von diesen und aus den Fenstern der Häuser mit Wurfgeschossen aller Art überschüttet. Das Militär erhielt endlich Befehl zu feuern, und bei der ersten abgegebenen Salve wurden mehrere Personen getötet und viele verwundet. Die Unruhen sind die Folge einer seit Monaten genährten Unruhe, deren Ursache in dem dauernden Steigen der Preise aller Lebensmittel zu suchen ist, und dürfte gefährlichere Dimensionen annehmen, falls das Parlament nicht schleunige Maßregeln trifft, wodurch die Fleischeinfuhr ermöglicht wird.

Zur Wahl.

Dem „St. Peter's Boten" vom 14. September entnehmen wir folgende äußerst interessante Korrespondenz, welche die politische Lage in klarer, volkstümlicher Weise beleuchtet und besonders für unsere katholischen Leser von großem Interesse sein dürfte.

Münster, Sask., 11. Sept. 1911.

An die Stimmgeber des Wahlkreises Humboldt.

Werte Herren!

Der Unterzeichnete hat während der letzten sechs Monate genau Acht gegeben auf den gegenwärtigen politischen Wahlkampf für und gegen die schwebende Reziprozitätsgesetzgebung. Sofern ich die Frage verstehe, hat die liberale Partei vor, mit den Vereinigten Staaten ein Gegenseitigkeits-Abkommen zu schließen, oder in anderen Worten, einen Vertrag zwischen den zwei Ländern, wonach gewisse Artikel, Waren, Produkte oder Handelsgegenstände auf einer gemeinsamen Zollbasis über die Grenze befördert werden, falls dieselben von den Vereinigten Staaten nach Canada importiert, oder von Canada nach den Ver. Staaten exportiert werden. Unter anderen Dingen können zollfrei die Grenze passieren die natürlichen Erzeugnisse unserer Farmer, als da sind: Weizen, Hafer, Gerste, Rinder, Schweine usw.

Nun scheint mir, daß es einem jeden denkenden Mann in unseren westlichen Provinzen einleuchten sollte, daß ein solches Uebereinkommen unseren westlichen Farmern einen ungeheuren finanziellen Nutzen einbringen müßte.

Ich will kurz meine persönlichen Gründe anführen zugunsten der Reziprozität. Nach meiner Berechnung wird ein solches Abkommen für den westlichen Landwirt einen größeren Markt für sein Getreide, Vieh u. s. w. eröffnen und wird zwischen den canadischen Märkten und den Märkten der Ver. Staaten eine direkte Konkurrenz hervorrufen.

Allgemein wird zugegeben, daß die Preise aller Farmprodukte auf den Märkten in den Staaten bedeutend höher sind und höher waren seit einer Reihe von Jahren. Nehmen wir z. B. nur den Weizenpreis zu Duluth, Minnesota, im Vergleiche zu dem in Port Arthur. In Duluth ist derselbe während des ganzen Jahres durchschnittlich um 6 bis 10 Cents am Buschel höher als in Port Arthur. Die Ver. Staaten sind ebenso ein Export betreibendes Land wie Canada. Warum soll nun der Weizenpreis in Port Arthur um 10 Cents per Buschel niedriger sein als in Duluth? Port Arthur ist zum Zwecke der Ausfuhr gerade so günstig gelegen und genau so weit von dem Weltmarkte entfernt als Duluth. Kommt dir das nicht vor, als ob Jemand auf unsere Kosten von unserem Weizen einen ungeheuren Profit einsacken würde? Scheint es da nicht als vernünftig, daß, könnte unser Weizen den Märkten in den Staaten zollfrei zugeführt und zwischen unseren Märkten und den Müllern in den Vereinigten Staaten eine Konkurrenz geschaffen werden, unsere westlichen Farmer den Nutzen des Unterschieds im Preise zwischen Port Arthur und Duluth gewinnen würden?

Es ist auch Tatsache, daß im Gradieren unseres Weizens auf den canadischen Märkten ein großer Unterschied besteht im Vergleiche zum Gradieren derselben Qualität des Weizens in den Ver. Staaten. Es wird behauptet, daß der Unterschied wenigstens zwischen ein und zwei Grad ausmacht. So z. B. wird Weizen, der in den hiesigen Elevatoren als No. 2 und No. 3 gradiert wird, in den meisten Fällen in den Staaten als No. 1 Northern gradiert. Ich will hier meine persönliche Erfahrung erzählen, die ich unter Eidschwur bekräftigen könnte. Vor etwa 4 Jahren brachte mir ein persönlicher Freund eine Weizenprobe von Minnesota mit, die er einem mehrere Hunderte von Buschels enthaltenen Speicher entnommen hatte, der einem meiner Freunde gehörte. Dies geschah im Juni. Ich nahm die Probe zu einem der Elevatoren in Münster und frug den Angestellten, wie viel er mir zahlen könnte für eine große Quantität dieses Weizens. Er sah mich an und sprach hierauf: Das ist blos Hühnerfutter und vielleicht 25 Cents oder höchstens möglicherweise 30 Cents wert per Buschel. Ich schrieb an meinen Freund, mir mitzuteilen, wann und für wieviel er dieses selbe Getreide in Minnesota verkauft habe. Denke dir, wie ich überrascht war, als er mir schrieb, daß er 85 Cents per Buschel erhalten und es ungefähr zur selben Zeit, im Juni, verkauft habe, als ich die Probe zum Elevator in Münster nahm.

Ein anderer Freund von mir stattete letzten Herbst Minnesota einen Besuch ab zur Zeit, da seine Angehörigen soeben Weizen zum Elevator fuhren. Auf sein Befragen, wie der Weizen gradiert wurde, antworteten sie: No. 2 Northern und zeigten ihm das Elevatorbillet. Mein Freund behauptet positiv, daß dieser selbe Weizen hier nicht besser als No. 4 gradiert worden wäre. Er sagt ferner, daß er Hunderte von Buschels Weizen gesehen habe, der hier als No. 4 und No. 5 gradiert und vorzüglich den Vergleich ausgehalten hätte, mit dem Weizen, der seine Angehörigen im Elevator in Minnesota als No. 2 Northern verkauft haben. Kommt es dir nicht vor, als ob wir Farmer Saskatchewans sowohl was Preis und Qualität des Weizens anbelangt, ausgeräubt worden?

Es scheint mir, daß offene Konkurrenz Abhilfe schaffen und alle diese Mißstände beseitigen würde, und daß ferner unsere hiesigen Elevatoren und Müller jenen Preis zu bezahlen und jene Gradierung anzunehmen gezwungen sein würden, wie dies in den Staaten der Fall ist, falls unser Getreide den Weg nach den Ver. Staaten nahme und hierdurch Konkurrenz bewirkte.

Ich möchte noch auf einen anderen Punkt aufmerksam machen und der ist: Die Frachtgebühren im Westen sind gegenwärtig entsetzlich hoch und tragen mit die Schuld an den niedrigen Preisen für unsere Farmerzeugnisse, die wir verschicken, und an den hohen Preisen für Handelswaren, Maschinen u. s. w., die wir kommen lassen müssen. Sie bilden eine große Last für unsere Farmer. Ich meine, daß, wenn wir unsere Märkte den Ver. Staaten eröffnen, hiedurch die Bahnen zur Konkurrenz angeeifert würden, und daß andere Bahnen wie die Great Northern ihre Linien nach den westlichen Provinzen auszubauen gedächten und somit Konkurrenz und niedrigere Frachtraten schaffen würden für die Frachtwaren, besonders für Getreide, Rindvieh u. s. w., die von unseren westlichen Farmern ein- und ausgeführt werden. Nach meiner Ansicht müßte ein solches Verfahren Westcanada ungeheuer nützen. Konkurrenz zwischen den Eisenbahnen und den Märkten müssen wir haben und die Annahme des Gegenseitigkeitsabkommens durch die Dominion von Canada würde den Anstoß geben, um diese Konkurrenz herbeizuführen.

Die Eisenbahnen, Mühlen und Elevatoren in Canada sträuben sich alle mit voller Kraft gegen die Annahme des Gegenseitigkeits-Abkommens und du kannst sicher sein, daß sie dies nicht zu unserem Vorteil und Nutzen tun, sondern um ihre eigenen Interessen und das Monopol zu befördern, deren sie sich so lange erfreut haben.

Mich dünkt, daß die Annahme der Reziprozität uns westlichen Farmern ungeheuren Nutzen bringen wird und habe es als meine Pflicht betrachtet, meine Erfahrungen zu geben und meine Ansicht mitzuteilen. Es ist wohl die wichtigste Frage, die den Wählern in Canada seit Jahren zur Entscheidung vorgelegt worden ist. Wie wir alle wissen, wurde die Reziprozität in den Ver. Staaten bereits zum Gesetze erhoben, und man wartet nur noch auf die Annahme derselben durch das Parlament in Canada. Im letzten canadischen Parlament suchte die konservative Partei durch Obstruktion die Annahme dieses hochwichtigen Gesetzes zu verhindern und zwang Sir Wilfrid Laurier und die liberale Regierung, das Parlament aufzulösen, oder in anderen Worten, die Frage dem canadischen Volke zur Entscheidung vorzulegen am Stimmkasten.

Die liberale Partei bürgt für die Annahme und Gesetzerhebung der Reziprozität, wenn sie siegreich aus dem Kampfe hervorgeht, die konservative Partei hingegen bürgt für das Verwerfen des Vertrags, wenn sie die Oberhand gewinnt. Werden wir westlichen Farmer für eine Partei stimmen, die unsere Interessen verteidigt und dafür bürgt, daß die Gesetze passiert, die uns großen Nutzen bringen, oder werden wir für eine Partei stimmen, die unseren Interessen direkt entgegensteht? Diese Frage wird uns am 21. Sept. am Stimmkasten zur Beantwortung vorgelegt. Es scheint mir, daß es unsere Pflicht ist, wenn wir gut zu uns selber sein wollen, zur Wahl zu gehen, für den liberalen Kandidaten unseres Wahlkreises, Dr. D. B. Neely, zu stimmen und somit die liberale Partei unter der Führerschaft des Sir Wilfrid Laurier zu unterstützen.

Meine Herren, ich habe dies in gutem Glauben geschrieben und wenn ihr denkt, daß dieser Brief der guten Sache dienlich sein könnte, dann könnt ihr ihn veröffentlichen.

Achtungsvoll

John Löhr.